

ORDNUNGSPOLITIK

Soziale Marktwirtschaft in Gefahr – wohin steuert Deutschland nach der Bundestagswahl?

von Dr. Susanne Cassel und Dr. Tobias Thomas

Über die Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nach der Bundestagswahl diskutierten Dr. Karen Horn, Dr. Gerhard Schick und Professor Dr. Justus Haucap am 12. Oktober 2009.

Auch wenn Umfragen zufolge die Soziale Marktwirtschaft in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise wieder populär geworden ist, so hat sie sich im Laufe ihres 60jährigen Bestehens weit von dem Konzept ihrer Gründerväter entfernt.

Horn: „Heute wissen viele nicht mehr, warum der Markt funktioniert“

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Ordnung, die auf einem durch Regeln kanalierten Wettbewerb mit einem funktionierenden Preismechanismus sowie dem Prin-

abzubauen, sondern auch, wenn Regeln fehlten. Dies sei beispielsweise auf den Finanzmärkten vor Ausbruch der Krise der Fall gewesen.

„Wettbewerb hat eine sehr schwache Lobby“, so Justus Haucap. Die Politik habe in der letzten Legislaturperiode in kaum einem Markt für mehr Wettbewerb gesorgt. Um dem Wettbewerbsprinzip in Deutschland mehr Geltung zu verschaffen, ist es zentral, den Staat wieder zu einem „starken Staat“ im Euckenschen Sinne zu machen. Also einem Staat, der in der Lage ist, einen klugen Regelrahmen zu setzen und sich gegen die Forderungen von Partikularinteressen zu wehren.

Haucap: „Die Menschen müssen verstehen, warum Wachstum und Wettbewerb gut sind“

Dazu muss auch überlegt werden, wie die Regeln des politischen Prozesses verändert werden können, so dass sich Politik auf die Rahmensetzung beschränkt. Das Wettbewerbsprinzip muss so kommuniziert werden, dass es allgemein verständlich ist. „Die Menschen müssen verstehen, warum Wachstum und Wettbewerb gut sind“, betonte Justus Haucap. „In der Schule werden jedoch weder Wirtschafts- noch Jurakenntnisse vermittelt“.

Karen Horn sah auch die Politik in der Pflicht, die häufig in Sachen Kommunikation von vorneherein kapituliere. „Politiker könnten anspruchsvoller argumentieren“. Gerhard Schick plädierte dafür, die Idee des „Wettbewerb als Fairness“ in den Mittelpunkt der Politik zu stellen. „Wettbewerb darf nicht nur schmerzhaft für die Kleinen sein. Jeder muss eine Chance bekommen, sich auf dem Markt zu behaupten, auch wenn er zuvor gescheitert ist.“

Schick: „Jeder muss eine Chance bekommen, sich auf dem Markt zu behaupten, auch wenn er zuvor gescheitert ist“

Angesichts der vielfältigen Probleme ist in der neuen Legislaturperiode mutiges politisches Handeln notwendig. Dabei muss die neue Regierung vor allem eine Strategie entwickeln, wie die krisenbedingten staatlichen Interventionen wieder rückgängig gemacht werden können, und sie muss nach wie vor unerledigte Strukturreformen auf



Weidenfeld, Schick

den Weg bringen. Politiker sollten sich davon verabschieden, sich als Erfüller von Wünschen darzustellen und sich stärker darauf konzentrieren, nach geeigneten Regeln für wachstumssteigernde Wettbewerbsprozesse – auf dem Markt und in der Politik – zu suchen.



Haucap, Horn, Thomas, Weidenfeld, Schick

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage der Podiumsdiskussion „Soziale Marktwirtschaft in Gefahr – Wohin steuert Deutschland nach der Bundestagswahl?“ mit Dr. Karen Horn (Leiterin des Hauptstadtbüros des Instituts der Deutschen Wirtschaft), Dr. Gerhard Schick MdB (Finanzpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen) und Professor Dr. Justus Haucap (Vorsitzender der Monopolkommission und Präsident des Hayek-Kreises – Gesellschaft für Politikberatung e.V.) unter der Moderation von Dr. Ursula Weidenfeld am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin
www.econwatch.org



Horn

zip der individuellen Haftung basiert. Heute, so Karen Horn, „wissen viele nicht mehr, warum der Markt funktioniert“. Die Politik habe den Anspruch, die Wirtschaft steuern zu können, und setze den Markt an vielen Stellen außer Kraft.

Haucap: „Wettbewerb hat eine sehr schwache Lobby“

Gerhard Schick wies darauf hin, dass sich die Ordnungspolitik nicht nur zu Wort melden dürfe, wenn es darum gehe, Regeln



Haucap